

## **Bericht des Internationalen Beobachterskomitees des Prozesses gegen die Putschisten vom 12. September 1980 in der Türkei**

Am 29. Juni war in Ankara Prozesstag gegen die Putschisten vom 12. September 1980. Womit wir schon mitten im Thema wären: Eben nicht gegen die Putschisten, sondern gerade mal gegen zwei von ihnen, darunter der Hauptverantwortliche General Kenan Evren, dem auch noch erspart werden soll, persönlich vor Gericht zu erscheinen - dem General wird vom Militärkrankenhaus bescheinigt, er könne nicht zur Verhandlung kommen...

Das waren auch die beiden Hauptpunkte, die wir in einer Erklärung des kurzfristig organisierten Internationalen Beobachterskomitees, in dem Beitrag auf der Kundgebung vor dem Haupteingang des Justizpalastes von Ankara und der Presse gegenüber vertreten haben: Es geht um die Aufarbeitung der Vergangenheit, was vor allem bedeutet, möglichst viele Verantwortliche und Täter der Militärdiktatur juristisch zu belangen, was aber auch bedeutet, dass eine Befragung des Oberdiktators lediglich per Webcam, wie es die Staatsanwaltschaft will, eine Farce ist. Schliesslich gab es bei den Prozessen gegen die Offiziere des gescheiterten Putschversuchs von 1998 gegen die heutige Regierungspartei AKP auch kein Problem damit, viele von ihnen vor Gericht zu holen...

Wir waren mit 9 Personen aus der BRD in die Türkei geflogen, um diesen Prozess zu beobachten. Am späten Donnerstagabend in Ankara angekommen, war Freitag morgen erst einmal Maltag, bevor wir uns zum Justizpalast aufmachten, wo der Verband der revolutionären Opfer des Militärputsches vom 12. September 1980 den Rasen vor dem Haupteingang des Palastes bereits mit zahlreichen Fotos von getöteten Menschen und Plakaten besetzt hatte, bevor noch weitere Gruppierungen hinzu kamen, und eine Kundgebung durchgeführt wurde, die viele aus der extrem hohen Zahl von Passanten zum halten brachte.

Vor dem Nebeneingang, der zum Prozeßsaal führte, war alles was in den türkischen Medien Rang und Namen hat ebenso anwesend, wie fast alle linken Medien - und, zu unserem Erstaunen, keine Polizei. Es gab keine besonderen Sicherheitsmaßnahmen, ausser den üblichen Metalldetektoren am Eingang. Und, obwohl durch mehrere Gespräche mit MedienvertreterInnen verspätet, hatten wir auch kein Problem in den Gerichtssaal zu kommen, bei bereits laufendem Prozess: Der Gerichtsdienstler fragte den Vorsitzenden Richter, und dieser hatte keinen Einwand.

Im Verfahren selbst ging es an diesem Tag vor allem um zwei Fragen: Eben der bereits genannten Vernehmung General Evrens per Webcam, wogegen die zahlreichen Anwälte der als Nebenkläger zugelassenen Opfer ausführlich argumentierten und protestierten - die Vernehmungsfähigkeit des Herrn Evren soll, so das Gericht, von einem Universitätsklinikum nochmals untersucht werden.

Und es ging darum, wer als Nebenkläger auftreten darf: Vor allem, weil die faschistische MHP diesen Status ebenfalls beanspruchte, was für uns neu war. Was einerseits eine Unverschämtheit ist: Wenn einige Leute dieser Mordbanden bei ihren damaligen Aktivitäten dem Militär in die Quere und selbst unter die Räder kamen die sie antrieben, können sie das gerichtlich klären - anderswo und andersmal. Aber nicht in einem Prozess, bei dem es um die Opfer der Militärdiktatur geht und nicht etwa um Spannungen unter Partnern des Putsches - die Überlebenden der Niederschlagung des sogenannten Röhmputsches waren beim Nürnberger Prozess schliesslich auch nicht als Nebenkläger anwesend. Zum anderen eröffnet dieses Ansinnen aber auch taktische Spielräume für die Richter, die sich als keinesfalls rechts profilieren können - um damit einem eventuellen Urteil gegen die Bestrebungen der Angehörigen, der Opfer und der Gesellschaft höhere Autorität verleihen könnten.

Deutlich wurde im Verlauf dieses Gerichtstages aber auch, dass es intensive Bestrebungen von Seiten der Opfer gibt, eben nicht nur über ihre Anwälte, sondern persönlich an diesem Prozess beteiligt zu sein, etwa durch ein Rederecht im Saal. Diese und insgesamt die gesellschaftliche Beteiligung an der Aufklärung der Verbrechen der Militärdiktatur war dann auch eines der Themen, die sich in den Tagen unserer Anwesenheit in Ankara durchzogen und uns in ihrer Bedeutung zunehmend klarer wurden.

Was auch beim späten Mittagessen dieses Tages deutlich wurde: Als sich der Vorsitzende der Gewerkschaft KESK, die uns eingeladen hatte, zu uns gesellte: Er kam direkt aus dem Gefängnis. Die Gewerkschaftsgesetzgebung in der Türkei und die Verfolgung angeblicher Terroristen sind auch deutliches Erbe der Militärdiktatur, eine wirkliche Aufarbeitung muss auch hier Veränderung bedeuten. Was nochmals in der abschliessenden Aktivität dieses Tages deutlich wurde, als wir die streikenden und ausgesperrten Arbeiter der Schuhfirma Togo besuchten, die uns viele Geschichten über antidemokratisches Verhalten von Polizei und Behörden erzählen konnten - und von vielen neuen Schuhen für Polizisten und Beamte... Geschichten, wie sie auch die Kollegen der Transportgewerkschaft Tümtis, die uns über die Tage große Hilfestellung leisteten, erzählen konnten - wobei einige aus unserer Beobachterdelegation manches schon aus der Solidaritätskampagne bei UPS kannten.

Am zweiten Tag die Pressekonferenz - für TeilnehmerInnen aus Deutschland eine gewisse Überraschung: Unser Komitee führte sie gemeinsam mit dem revolutionären Opferverband durch, einleitende Statements - und dann kamen nicht etwa Fragen, sondern das Ende... aber immerhin die Gelegenheit, die Positionen, wie sie sich aufgrund der Erfahrungen des Vortages entwickelt hatten nicht nur ausführlich darzustellen, sondern auch am folgenden Tag verbreitet zu sehen und zu lesen.

Diesmal war das Mittagessen nicht spät, sondern ausführlich: Begleitet vor allem von Debatten darüber, was gesellschaftliche Aufarbeitung der Diktatur heisst, konkret etwa: Das frühere Gefängnis von Ankara, Ort zahlreicher Morde und Folterorgien ist zum Museum geworden - das die Stadt Ankara betreibt und zu einer Art unpolitischen highlight entwickelt, inklusive profitabler Eintrittspreise. Ein solches Museum aber sollte und müsste vom Verband der Opfer und Angehörigen betrieben werden, um der gesellschaftlichen Aufklärung zu dienen. Was eine Idee war, die gerade von jenen in unserer Beobachterdelegation entwickelt wurden, die selbst entweder zu den Opfern des Putsches oder zu ihren Angehörigen zählten. Zumal der Opferverband über eine beeindruckende Sammlung von Gegenständen und Dokumenten verschiedenster Art verfügt, mit denen ein solches Museum noch viel wirkungsvoller gestaltet werden könnte. Aber auch Debatten beispielsweise über die Möglichkeiten von Geschichtswerkstätten, wie sie ein teilnehmendes VVN Mitglied vorgestellt hatte gab es.

Der Besuch bei den beiden linken Zeitungsredaktionen Evrensel und Birgun am Samstagnachmittag war der faktische Abschluss unserer schnellen Reise zur Beobachtung des Prozesses: Dabei wurden nicht nur nochmals Interviews geführt, sondern ebenfalls über Notwendigkeit, Möglichkeiten und Optionen gesellschaftlicher Aufarbeitung der Diktatur diskutiert - wobei wir auch jene Ideen wiedergaben, die zuvor entstanden waren, beziehungsweise diskutiert worden waren.

Bei unserer eigenen Abschlussdiskussion war die Einigkeit weitgehend: Auch am nächsten Prozesstag, nach den Gerichtsferien am 14. September, werden wir eine Delegation zur Beobachtung entsenden. Dafür und zur Dokumentation des internationalen Interesses werden wir eine Unterschriftensammlung organisieren, deren Text jene Punkte des Prozesses behandelt, die auch in diesem Bericht Thema waren. Und wir werden daran arbeiten, bei der gesellschaftlichen Aufarbeitung zu helfen, beispielsweise durch Unterstützung des angesprochenen Museumprojektes.